

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
29. März 2021

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:48 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Zu Beginn der Sitzung informiert Oberbürgermeister Dr. Frank darüber, dass im Vorfeld der Sitzung Änderungswünsche zum Protokoll der letzten Sitzung vorgetragen wurden, die noch geprüft würden.

Anschließend gibt Oberbürgermeister Dr. Frank bekannt, dass TOP 10 (Übertragung von Haushaltsermächtigungen) aufgrund der Themennähe nach TOP 3 (Fraktionsanträge) vorgezogen wird. Einwendungen werden nicht erhoben. Auf die Frage, ob es noch weitere Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt, beantragt Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, dass TOP 14 (Bauvorhaben Firma Schleith in der „Von-Kilian-Straße“) statt nichtöffentlich nun öffentlich behandelt werden solle. Oberbürgermeister Dr. Frank erwidert, dass darüber erst in der nichtöffentlichen Sitzung entschieden werden könne, da es sich um einen nichtöffentlichen Punkt handle.

Des Weiteren informiert der Oberbürgermeister über einen von der GRÜNE-Fraktion eingebrachten Antrag zur Subvention der Verwendung von Stoffwindeln, der in einer der beiden nächsten Sitzungen behandelt werde.

Oberbürgermeister Dr. Frank informiert außerdem, dass in der vorangegangenen Bau- und Umweltausschusssitzung keine Beschlüsse gefasst worden seien.

26.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

27.

Auswirkungen der Corona-Pandemie: Mündlicher Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt Jürgen Wiener, Leiter der Ortpolizeibehörde und übergibt ihm das Wort.

Herr Wiener führt in die Thematik ein und informiert über das Vorgehen und die von Seiten der Stadt ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Er gibt einen Überblick über die Testzentren im Kaitle und auf dem oberen Chilbiplatz, welche Angebote es von privaten Anbietern gebe und welche weiteren Maßnahmen in den Bereichen Schulen geplant seien. Er informiert über den gemeinsam mit der Gemeinde Lauchringen bei der Landesregierung gestellten Antrag, Modellregion zu werden, den Einsatz der LUCA-App sowie weitere Angebote bei den Impfungen.

Auf diverse Fragen aus dem Gremium bezüglich des Antrages auf Modellregion verweisen Oberbürgermeister Dr. Frank und Herr Wiener auf die Entscheidung und die Vorgaben der Landesregierung. Oberbürgermeister Dr. Frank ergänzt, dass er über den Ausgang des

Antrages keine Aussage treffen könne, er jedoch davon überzeugt sei, dass wir als Grenzregion für dieses Vorhaben sehr gut geeignet wären.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, fragt nach, ob das vorgesehene Konzept mit Testungen in der Innenstadt unabhängig von dem Ausgang des Antrages auf Modellregion zu sehen ist. Herr Wiener bejaht dies, auch vor dem Hintergrund, dass vorausschauend geplant werden müsse, falls Lockerungen eine Öffnung von Angeboten in der Innenstadt erlauben würden.

Auf die Frage von Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, wie man den privaten Anbietern, die Testungen übernehmen, entgegenkommen könne, erläutert Herr Wiener, dass man von kommunaler Seite sehr froh sei über diesen wichtigen Beitrag und ihnen die Sondernutzungsgebühr erlassen werde. Außerdem könnten die Anbieter gewisse Kosten bei der Landesregierung geltend machen.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, stellt die Frage, ob Schulen für die Schüler-testungen auf das geschulte Personal aus den Testzentren der Stadt zurückgreifen können. Herr Wiener antwortet, dass dies grundsätzlich möglich wäre, es jedoch viele Schulen im Stadtgebiet gäbe und das geschulte Personal in den Testzentren nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehe. Die Schulen seien angehalten, auch eigene Beiträge zu leisten.

Die Anregung von Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, Bundeswehrsoldaten zur Unterstützung von Testungen in der Anfangszeit anzufordern, nimmt Herr Wiener mit in die Verwaltung und sichert eine Berichterstattung zu, insbesondere bezüglich der Kosten für dieses Personal.

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, schlägt vor, eine „Arbeitsgemeinschaft Corona“ zu etablieren, welche z. B. aus pensionierten Ärzten, Pflägern aber auch aus Freiwilligen bestehen könnte, und die Verwaltung bei der Verwirklichung der geplanten Maßnahmen unterstützen könne. Außerdem merkt er an, dass bei der Pressemitteilung zum Antrag auf Modellregion der künftige Landtagsabgeordnete Niklas Nüssle vergessen worden sei. Oberbürgermeister Dr. Frank entgegnet, dass Herr Nüssle ebenfalls angefragt worden sei, allerdings sei dessen Zustimmung erst eingegangen, nachdem der Brief bereits verschickt war. Selbstverständlich werde er, wie auch ein Gewerbeverein, der ebenfalls seine Unterstützung zugesagt hatte, nachträglich noch aufgeführt.

Abschließend würdigt Oberbürgermeister Dr. Frank die Bereitschaft, sich für das Testzentrum zu engagieren und bedankt sich für den uneigennütigen Einsatz.

Danach berichtet Kämmerer Martin Lauber über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie anhand einer Präsentation. Er betont allerdings, dass diese Zahlen momentan nur Schätzungen bzw. Prognosen seien und noch keine finale Aussage über die Auswirkungen der einzelnen Posten getroffen werden könne.

Weitere Wortmeldungen gibt es hierzu keine.

28.

Fraktionsanträge:

a) Einsparungen im Budget „Sachmittel“

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Matthias Schupp, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus, vor allem im Hinblick auf die Ortschaften, deren Mittel lange Zeit gekürzt waren und erst von 2 Jahren wieder auf den vorherigen Stand erhöht worden seien.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass jede/r Amtsleiter/in, Schulleiter/in, Ortsvorsteher/in dringend dazu aufgefordert wird, 10 % der Sachmittel auf den ihm/ihr zugeordneten Haushaltsstellen einzusparen. Der Kämmerer soll den Rätinnen und Räten seine aktuelle Einschätzung der Haushaltslage darlegen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

b) Zielsetzung „Stadt klimaneutral bis 2030“

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er plädiert dafür, die Abstimmung zurückzustellen bis eine Klausurtagung im Sommer bzw. Frühherbst stattfinden könne. Dieser riesige Themenbereich und die aus der Entscheidung resultierenden Folgen seien zu komplex, um sie in der heutigen Sitzung angemessen berücksichtigen bzw. abschätzen zu können. Es handle sich um ein ressourcenaufwendiges Thema mit viel Abstimmungsbedarf.

Bürgermeister Baumert stimmt dem zu und ergänzt, dass Klima ohne Frage ein wichtiges Thema sei, welches viel Informationsbedarf beinhalte. Die Stadtverwaltung habe allerdings auch viele sanierungsbedürftige Gebäude und alte Fahrzeuge, was mit hohen Kosten verbunden sei. Er warnt davor, in Unkenntnis über die Folgen des Beitritts zu entscheiden – dies ginge schlussendlich auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Stadt.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, sowie die Stadträte Harald Würtenberger, FW-Fraktion und Harald Ebi, FDP-Fraktion, sind der Ansicht, dass die Stadt dem Klimaschutzpakt auf jeden Fall heute schon beitreten sollte. Man beziehe so eine klare Position und es würde kein gutes Zeichen setzen, wenn man dieses Thema nur hinausschiebe.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank erklärt, warum er der Entscheidung gerne eine Klausurtagung vorlagern würde: Weil es sich um ein sehr komplexes Themengebiet handle, für das es den Gemeinderat zunächst voll umfänglich entscheidungsfähig zu machen gelte.

Die Verständnisfrage von Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, ob die Stadt sich nur selbst die Ziele setzen würde und es keine Auswirkungen hätte, wenn sie diese nicht einhalte, wird von Stadträtin Thyen bejaht.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, weist darauf hin, dass der Beitritt zum Klimapakt nichts kosten würde. Außerdem wäre man für eine anstehende Klausurtagung bereits auf dem richtigen Weg und müsste entsprechende Weichen nicht erst noch stellen. Daneben

merkt sie an, dass die Stelle des „Klimaschutzmanagers“ unbedingt bei der Stadt angesiedelt sein müsse, denn dieser soll die Verwaltung und den Gemeinderat unterstützen und informieren.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass es mit den Stadtwerken bereits so abgesprochen sei, dass der „Klimaschutzmanager“ bei der Stadt angesiedelt werde, denn nur so wäre diese Stelle förderfähig. Er werde dann zu den Stadtwerken „entsandt“; eine entsprechende Stelle sei sogar bereits ausgeschrieben.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, ändert seinen gestellten Antrag, wonach dieser inhaltsgleich mit dem Antrag der GRÜNE-Fraktion ist; seinen in Bezug auf die beim Bau städtischer Gebäude vorwiegende Verwendung von Holzbauweise gestellten Antrag, stellt er zurück.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss (Antrag FW- und GRÜNE-Fraktion):

Der Gemeinderat beschließt, dass die Stadt Waldshut-Tiengen dem 3. Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg beitrifft und sich selbst das Ziel setzt, klimaneutrale Verwaltung bis 2040 zu werden.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, hat bei diesem Tagesordnungspunkt nicht an der Sitzung teilgenommen.

29.

Übertragung von Haushaltsermächtigungen:

Beschluss

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt sodann das Wort an Daniela Eckert, Kämmerei, welche die Thematik anhand einer Präsentation erläutert.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt die in der Anlage dargestellten Ansätze des Ergebnishaushalts für übertragbar.

Der Gemeinderat beschließt die Übertragung von Haushaltsermächtigungen wie in der Anlage dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

30.

Klettgau Carré:

Sachstandbericht und Beschluss Handlungsoption

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schleith und erläutert die Sitzungsvorlage. Er verdeutlicht, dass es sich bei dieser Entscheidung um eine „Richtungsfrage“ handle. Es ginge in erster Linie nur darum, zu entscheiden, ob die Frist für das Rückübertragungsrecht verlängert wird.

Stadträtin Anette Klaas erklärt, dass es sich bei diesem Thema um ein schwieriges mit bewegter Historie handle. Sie würde deshalb gerne die Sicht des Investors hören, um ein neutrales Bild zu bekommen, was wichtig sei für die Entscheidungsfindung.

Diese Ansicht teilt auch Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, im Namen seiner ganzen Fraktion.

Außerdem stellt Stadträtin Klaas eine Frage zur Stellplatzförderung, welche daraufhin von Bürgermeister Baumert beantwortet wird.

Auf die Frage von Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, ob durch die Änderung von Gewerbe auf Wohnungen schlussendlich auch die Festsetzungen des Kerngebiets geändert werden müssen, antwortet Andrea Albert, Leiterin des Bauverwaltungsamts, dass dies nicht der Fall wäre. Die Kommentare dazu seien sehr weit gefasst und wenn der Gemeinderat dem Bau von Wohnungen in einem nächsten Schritt zustimmen würde, stünden die Bestimmungen des § 7 BauNVO dem nicht entgegen.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, merkt an, dass es beim Investor nur zu Unsicherheiten führe, wenn der Gemeinderat heute keine Entscheidung trafe. Es sei ein positives Signal, sich heute zu entscheiden.

Dem stimmen auch Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, sowie Oberbürgermeister Dr. Frank zu. Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, spricht sich außerdem für Handlungsoption A aus.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, stellt einen Antrag, wonach dem Investor in der nächsten öffentlichen Sitzung die Möglichkeit gegeben werden soll, sein Projekt, detailliert mit monatlichen Planungsschritten bis zum Zeitpunkt der Optionsverlängerung, vorzustellen.

Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss (Verwaltungsvorschlag):

Der Gemeinderat nimmt die Projekthistorie des „Klettgau Carrés“ sowie die sich aus dem aktuellen Stand ergebenden Handlungsoptionen zur Kenntnis und beschließt als weiteres Handlungsoption A.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

2. Beschluss (Antrag Stadträtin Rindt):

Der Gemeinderat beschließt, dass dem Investor in der nächsten öffentlichen Sitzung die Möglichkeit gegeben wird, sein Projekt detailliert mit monatlichen Planungsschritten bis zum Zeitpunkt der Optionsverlängerung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

31.

Coronabedingte Schließung von Betreuungseinrichtungen:

a) Erlass Elternbeiträge für Schulkindbetreuung

Oberbürgermeister Dr. Frank verweist auf die beigelegte Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Elternbeiträge an den städtischen Schulkindbetreuungseinrichtungen für Januar und Februar vollständig und anteilig für März 2021 zu erlassen. Grund ist die coronabedingte Schließung der Schulen von 11.01. bis einschließlich 19.02.2021 und der daran anknüpfende Wechselbetrieb der Grundschulen bis einschließlich 12.03.2021.

Für die Inanspruchnahme der Notbetreuung werden anteilig Elternbeiträge entsprechend der Nutzung erhoben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

b) Übernahme ausgefallener Elternbeiträge der Horte

Oberbürgermeister Dr. Frank verweist auf die beigelegte Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, Horte mit 20 % der ausgefallenen Elternbeiträge für den Zeitraum 11.01. bis einschließlich 19.02.2021 zu bezuschussen. Grund ist die corona-bedingte Schließung der Horte in dieser Zeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

32.

**Elternbeiträge für Schulkindbetreuungsangebote:
Umstellung der Betragsstruktur**

Oberbürgermeister Dr. Frank verweist auf die Sitzungsvorlage und informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Uhrzeiten auf der Beschlussvorlage auf Seite 3 redaktionell noch angepasst werden müssten. Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Korrektur zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Umstrukturierung der Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung zum 01.09.2021 und eine Anhebung der Elternbeiträge zum 01.09.2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, hat an diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

33.

**Einführung KONUS-Karte und Kurtaxe:
Beschluss Kurtaxe-Satzung und Info über Projektstand**

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Auf Nachfrage von Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, bezüglich der Formulierung des § 2 Abs. 5 der Kurtaxesatzung räumt Kulturamtsleiterin Kerstin Simon ein, dass dieser Absatz unvollständig sei und lauten müsste: „Ortsfremde Personen, die sich in der Gemeinde nicht länger als 1 Tag (ohne Übernachtung) aufhalten (Tagesgäste), sind von der Kurtaxe ausgenommen und haben keinen Anspruch auf die KONUS-Gästekarte.“

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, fragt nach, ob es auch einen alternativen Begriff für die „Kurtaxe“ gäbe, denn Waldshut-Tiengen sei kein Kurort. Frau Simon antwortet, dass es sich bei „Kurtaxe“ um einen gängigen Begriff handle, der aufgrund dessen nicht modifiziert werden sollte.

Stadträtin Anette Klaas fragt nach, ob man als Gast, der laut Satzung die Abgabe zu zahlen hätte, diese zwingend auch dann zahlen müsse, wenn er die Angebote gar nicht nutze. Dies bejaht Frau Simon, denn es genüge hierbei allein schon die Möglichkeit der Inanspruchnahme.

Auf die Frage von Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, ob die angesetzte 50 %-Stelle nicht auch vom Personal der Tourist-Info abgedeckt werden könne, erwidert Frau Simon, dass dieser Umfang auf jeden Fall gerechtfertigt sei und nicht vom bestehenden Personal abgedeckt werden könne. Man habe sich bei den Nachbargemeinden erkundigt, die

ebenfalls Kurtaxe erheben bzw. die KONUS-Karte anbieten würden; hierbei hätte sich der angegebene Stellenbedarf deutlich bestätigt.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Kurtaxe-Satzung und beauftragt die Stadtverwaltung mit deren Umsetzung und Einhaltung.
2. Der Gemeinderat beschließt die Einführung der KONUS-Karte und die Bereitstellung einer halben Personalstelle für die damit zusammenhängende Projektabwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

34.

Einrichtung einer Artothek:

Projektvorstellung und Beschluss zur Projektumsetzung und Budgetierung

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, merkt an, dass sie die Idee grundsätzlich gut fände, man sich jedoch bewusst sein müsse, dass es sich hierbei um ein „Luxus-Projekt“ handle. Außerdem äußert sie Zweifel, ob man bei einer Weitervermietung als Wohnraum nicht deutlich mehr als den mit 460 € angegebenen Mietpreis erzielen könnte; dagegen seien die durch eine Artothek zu erzielenden Einnahmen schwer zu schätzen.

Kulturamtsleiterin Kerstin Simon führt aus, dass das Gebäude momentan unrenoviert sei und man ohnehin erst Zeit und Geld hineinstecken müsste, um es wieder bewohn- und vermietbar zu machen. Es sei also gerade ein guter Zeitpunkt, um diese Option auszuprobieren.

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, ist der Meinung, dass es einen Versuch wert sei, äußert gleichzeitig aber auch Bedenken gegenüber dem günstigen Wohnraum, der dann verwehrt würde.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, stimmt dem letztgenannten Argument zu; auch die laufenden Kosten sehe er kritisch.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, teilt die Ansicht von Stadträtin Kummle und schlägt außerdem vor, eine Auktion durchzuführen, da 250 Bestandsstücke zu viel seien.

Frau Simon wendet hierzu ein, dass nicht geplant ist, die 250 Stücke alle gleichzeitig auszustellen, sondern themenbezogen.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, sowie Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, sprechen sich für das Vorhaben aus, wobei Stadtrat Studinger anregt, bei der Leihgebühr auch eine soziale Variante zu berücksichtigen.

Auf die Frage von Stadträtin Hecht, ob das Objekt barrierefrei zugänglich sei, erläutert Frau Simon, dass eine dreistufige Treppe in das Gebäude führe, die Barrierefreiheit aber durch eine mobile Rampe angedacht sei. Stadträtin Hecht regt außerdem an, für die Betreuung einen Verein, z.B. Museumsverein, zu suchen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt – zunächst für eine Pilotphase von drei Jahren, das Gebäude Mozartstraße 27 (ehemalige Hausmeisterwohnung der Theodor-Heuss-Schule in Waldshut) für die Einrichtung einer Artothek und als Lager der städtischen Kunstsammlung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Bürgermeister Baumert übernimmt die Sitzungsleitung.

35.**Budget „Allgemeiner Bauunterhalt“:
Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben**

Bürgermeister Baumert erläutert die Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

- a. Überplanmäßige Mittel in Höhe von 38.096,15 € im allgemeinen Bauunterhalt (KTR: 11240000 / KST: 10651100 / KT: 4211000) bereitzustellen mit Deckung in voller Höhe aus dem Budget des besonderen Bauunterhalts.
- b. Überplanmäßige Mittel in Höhe von 312.961,99 € für die innere Verrechnung der Baubetriebshof- und Gärtnereileistungen im Rahmen des allgemeinen Bauunterhalts (KTR: 11240000 / KST: 10651100 / SKT: 4811211) bereitzustellen. Die Deckung erfolgt in Höhe von 31.186,89 € aus dem Budget des besonderen Bauunterhalts und in Höhe von 150.059,20 € aus dem Budget der inneren Verrechnungen für den besonderen Bauunterhalt. Ohne Deckung verbleiben Mittel in Höhe von 131.715,90 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, hat an diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

36.

Spenden

Bürgermeister Baumert verliest eine Spende gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spende.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

37.

Bekanntgaben

Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen

Protokollführer Klaus Teufel gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss des Gemeinderates vom 08.03.2021 gemäß beigefügter Zusammenstellung bekannt.

38.

Verschiedenes

Kalvarienbergstraße und Eichholzstraße

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion bemängelt die Parksituation in der Kalvarienbergstraße, sowie die Straßenschäden in der Eichholzstraße und fordert Abhilfe; insbesondere bei den Randbefestigungen könne man nicht warten, bis die Arbeiten im neuen Baugebiet abgeschlossen seien.

Jürgen Wiener, Leiter der Straßenverkehrsbehörde, erläutert, dass die Verbesserung der Parksituation in der Kalvarienbergstraße absehbar sei – entsprechende Straßenmarkierungen, die unbefugtes Parken verhindern sollen, würden angebracht.

Antrag Übersicht Baumaßnahmen in Schulen/Kindergärten

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, dass dem Gemeinderat eine Übersicht aller KiTa-Einrichtungen sämtlicher Träger sowie aller Schulen, einschließlich der dort anstehenden baulichen Maßnahmen vorgelegt wird.

Außerdem möchte Stadträtin Rindt den Stand der bisher mittels „Little Bird“ abgefragten KiTa-Plätze mit Angabe, ob dieser Bedarf mit unserem Planungsstand übereinstimmt.

Umgangston in der Sitzung

Stadträtin Nathalie Rindt sowie Stadtrat Armin Arzner, beide CDU-Fraktion, appellieren an eine Besserung im Umgangston in den zukünftigen Sitzungen.

Straßensperrung Gutenberg/Witznau

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, bittet um Überprüfung, ob für die Ortsdurchfahrt Aichen eine Fußgängerampel installiert werden könne, denn aufgrund der Straßensperrung Gutenberg/Witznau sei Aichen für viele Autofahrer eine Ausweichroute.

Jürgen Wiener, Leiter der Straßenverkehrsbehörde, antwortet, dass diese Straßensperrung nicht von städtischer Seite angeordnet worden sei, und die Stadt deshalb nur ein Anhörungsrecht hätte ausüben können, bei dem aber die betroffenen Ortschaften miteinbezogen worden seien. Daraus resultierte, dass die offizielle Umleitungsstrecke über

das Steinatal liefere, eine Einbahnstraßenregelung im Mitteldorf, damit der Verkehr nicht abkürzen könne, sowie eine Verkehrszählung. Außerdem gebe es bestimmte Richtlinien für das Anbringen von Zebrastreifen; hierfür benötige man belastbare Zahlen, welche aus den eben genannten Maßnahmen gewonnen werden können. Gegebenenfalls wäre in Aichen auch eine 30er-Zonen-Regelung denkbar.

Sitzungen unter Coronabedingungen

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, merkt an, dass sie Sitzungen unter Coronabedingungen sehr grenzwertig finde und frägt nach, wie es mit einer allgemeinen Testpflicht für Sitzungen in Präsenz bzw. Videoübertragungen aussehe.

Klaus Teufel, Geschäftsstelle Gemeinderat, antwortet in Bezug auf eine Testpflicht, dass diese für Ratsmitglieder und Gäste nicht zwingend vorgeschrieben werden könne.

Sanierung Stadthalle und Hallenbad Waldshut

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, nimmt Bezug auf verschiedene Anfragen und bittet erneut um die Vorlage einer schriftlichen Gesamtkostenabrechnung für die Sanierung der Stadthalle und Hallenbad Waldshut sowie um Mitteilung der Kosten für den diesbezüglichen Rechtsstreit.

Bürgermeister Baumert antwortet, dass es sich um ein laufendes Verfahren handle, über dessen Stand er in der nächsten nichtöffentlichen Sitzung berichten oder dies schriftlich beantworten werde.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Jacqueline Scheuch,
Protokollführerin